



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/275 - 27.11.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Zur Eisenhower - Rede	S. 1
Lichtblick in Korea	S. 3
Der sowjetzonale Wahlverschlagn	S. 5

Beseitigte Widersprüche ?

P.R. Es ist vierzehn Monate her, seit auf der New Yorker Außenminister-Konferenz die Frage eines deutschen militärischen Beitrages für die Verteidigung des Westens aufgeworfen wurde. In Paris hat sich jetzt der Bundeskanzler damit einverstanden erklärt, daß dieser Beitrag, den andere realistischer die deutsche Remilitarisierung nennen, zum Fundament und Kernstück aller Bestrebungen werden soll, die auf die Schaffung einer engen europäischen Gemeinschaft abzielen. Die Einstellung des deutschen Volkes oder seiner gewählten Vertretung ist bisher nicht erkundet worden.

Nun hat sich der atlantische Oberkommandierende, General Eisenhower, für eine "Verteidigung Europas weit östlich des Rheins" ausgesprochen. Die Bundesregierung hat sich sehr erfreut darüber gezeigt. Dazu besteht aber wohl nur Anlaß, wenn man diese Erklärung mit früheren Hinweisen anderer maßgebender Persönlichkeiten der Westmächte kontrastiert, die den schlimmen Verdacht weckten, man wolle sich im Fall der Fälle auf das äußerste West- bzw. Südwest-Europa oder auch auf die Britischen Inseln zurückziehen. Das wäre, räumlich betrachtet, die extremste Form der Taktik der verbrannten Erde für Europa gewesen. Die Rhein-Linie wiederum (auf der eine europäische Verteidigung nicht beruhen könne, wie Eisenhower soeben ausdrücklich gesagt

hat), würde dieses Schicksal zunächst einmal allein Deutschland zumuten - unabhängig von ihrem mehr oder weniger utopischen militärischen Wert.

Wenn Eisenhower jetzt von "westlich des Rheins" gesprochen hat, so ist das im Grunde auch nur eine sehr allgemeine und ungenaue Vorstellung, die nichts klares über die amerikanische, strategische Konzeption aussagt - wenn es diese überhaupt gibt. Es ist bei Eisenhower nicht etwa die Rede von einer Verteidigung am Eisernen Vorhang oder von einer ähnlichen Definition, nichts auch von einer Ausgangsstellung für sofortige Offensiveanstrengungen im Falle eines russischen Überfalles. "Westlich des Rheins" heißt im Grunde nichts anderes, als daß Deutschland der mutmaßliche Schauplatz eines solchen künftigen Krieges werden wird. Das aber wäre kein Stück einer Verteidigung Deutschlands, sondern Bestandteil einer Verteidigung Europas auf deutschem Boden.

Mit dieser Erklärung Eisenhowers seien alle Widersprüche beseitigt, die bisher über die Verteidigungsstrategie der Atlantikpakt-Organisation bestanden hätten, urteilte ein Sprecher der Bundesregierung. Diese Auffassung wirkt fast widersinnig, wenn man bedenkt, daß man in den Meldungen, in denen über die Erklärungen Eisenhowers berichtet wurde, auch den Hinweis findet, Frankreich und England hätten amerikanische Vorschläge, mit Nachdruck die Einbeziehung Deutschlands auch in die Atlantikpakt-Organisation zu betreiben, abgelehnt. Dies im Großen. Und im Kleinen: Großbritannien weigert sich nach wie vor, das amerikanische Armeegewehr als Standardwaffe für die Atlantikpakt-Streitkräfte anzuerkennen ...

Diese Beispiele könnte man auf jeder Ebene - der militärtechnischen, der wirtschaftlichen, der finanziellen und vor allem der allgemein politischen - durch viele weitere ergänzen. Wie kann man unter solchen Umständen davon sprechen, daß alle Widersprüche beseitigt seien?

+ + +

Vielleicht Waffenstillstand, aber kein Friedensvertrag

H.St.-Washington, Ende November

Nach wochenlangen Verhandlungen ist es den Unterhändlern General Ridgways und den kommunistischen Parlamentären in Panmunjom gelungen, eine vorläufige Demarkationslinie zu bestimmen und in allen Einzelheiten kartographisch festzuhalten. Das UNO-Hauptquartier General Ridgways, dem man zugestehen muß, daß es die Verhandlungen in ruhiger Geschicklichkeit zu führen versteht, hatte auf der gegenwärtigen Kampflinie als künftiger Demarkationslinie beharrt und diesen Standpunkt endlich auch - von kleineren Abänderungen abgesehen - durchgesetzt. Die Einigung über die künftige Scheidelinie zwischen Nordkorea und Südkorea besagt jedoch nicht, daß der Waffenstillstand schon gesichert ist.

Die zweite Frage, über die man in Panmunjom noch gar nicht gesprochen hat, ist die der gegenseitigen Freilassung aller Kriegsgefangenen - eine höchst verwickelte Angelegenheit. Ridgway fürchtet, bei einem einfachen "en bloc"-Austausch aller Gefangenen würde die Gegenseite eben nicht alle Gefangenen herausrücken. Die ganze Frage ist dadurch weiter kompliziert worden, daß jetzt, von amtlicher amerikanischer Seite nicht bestritten, Zahlen über Gefangenen-Mißhandlungen und Gefangenen-Erschießungen durch die Nord-Koreaner und ihre Verbündeten bekanntgeworden sind. Angeblich handelt es sich insgesamt um rund 20000 Gefangene, die Massakern zum Opfer gefallen sind, davon etwa 6300 Amerikaner, mindestens 20000 Südkoreaner und der Rest Angehörige der verschiedenen sonstigen Nationalitäten, die in der UNO-Armee vertreten sind. Im Kongreß sind bereits ein gutes Dutzend Anträge eingegangen, die verantwortlichen Nord-Koreaner und Rot-Chinesen deswegen als Kriegsverbrecher zur Rechenschaft zu ziehen; Gefangenenmißhandlungen sind juristisch unzweifelhaft Kriegsverbrechen, und der Mechanismus derartiger Prozesse ist ja heute dem Völkerrecht nicht mehr fremd. Andererseits wäre aber natürlich ein Beharren Ridgways auf der Auslieferung von Kriegsverbrechern eine ernste Gefährdung der gesamten Waffenstillstands-Verhandlungen - und es kann absolut nicht sicher prophezeit werden, daß die

amerikanische Regierung oder irgendeine ihrer Verbündeten ein solches Risiko auf sich zu nehmen bereit sind.

Der dritte Punkt, der geklärt werden muß, ehe wirklich das Signal "Ende Feuer" auf der ganzen Front geblasen werden kann, ist das dornige Problem der Inspektion. Wer bürgt dafür, daß, wenn wirklich die Feindseligkeiten eingestellt werden und die gegenwärtige Frontlinie zur neuen Grenze gemacht wird, nicht die kommunistischen Behörden hinter dieser Grenze auf's Neue ungestört Truppen ansammeln und dann, irgendwann einmal zu einem günstigen Zeitpunkt, ihren Überfall auf Südkorea wiederholen? Zu diesem Zwecke soll eine neutrale Inspektion der Grenzzone (auf beiden Seiten, natürlich) vorgesehen werden, - aber ob die Kommunisten einer solchen Inspektion zustimmen, ist mehr als zweifelhaft; es wäre jedenfalls gänzlich gegen ihr sonstiges Verhalten. Aber ohne Inspektionsrecht oder irgendeine andere, ähnlich wirksame, Garantie, wird Ridgway kaum einem Abkommen zustimmen, denn durch Schaden ist man ja in Korea klug geworden, und das Mißtrauen gegen irgendeinen "Pferdefuß" im Abkommen ist groß ...

Aber selbst wenn das Abkommen wirklich zustande kommt, dann ist, was man nicht übersehen will, der Frieden noch nicht wiederhergestellt, sondern nur ein Waffenstillstand. Immerhin wäre das bereits ein gewaltiger Schritt vorwärts - und in Washington ist man der Meinung, daß es einen regulären Friedensvertrag in Korea, der zweifellos auch die Frage der diplomatischen Anerkennung Rot-Chinas und das künftige Schicksal der Insel Formosa aufwerfen würde, sowieso auf abschbare Zeit gar nicht zu denken ist. Ein guter Waffenstillstand ist zweifellos besser als ein ungewisser und schlechter Friedensvertrag; aber da die UNO ja theoretisch die Regierung in Seoul als gesamt-koreanische Regierung anerkennt und die Demarkationslinie zwischen Nord und Süd nicht als echte nationale Grenze anerkennen will, kann auch der beste Waffenstillstand nie eine Endlösung werden, sondern nur ein Provisorium von ungewisser Dauer - was man ja seit 1945 auch schon anderwärts erlebt hat ... Der Optimismus über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen von Panmunjom mag also ganz berechtigt sein; aber man hat ihn mit einem Körnchen Salz aufzufassen, weil wir von einem echten und stabilen Frieden in Ostasien nach wie vor viele Meilen weit entfernt sind.

Den Kernfragen ausgewichen

(sp) Oberflächlich gesehen, sind die neuesten Vorschläge der sowjetzonalen Kommission zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs für gesamtdeutsche Wahlen zu einer Nationalversammlung scheinbar überzeugend. Sie nehmen das Weimarer Wahlgesetz zum Vorbild. Es sichert allen Bürgern die Freiheit der politischen Betätigung zu, Parteien und Organisationen haben das Recht zur Aufstellung von Kandidaten und zur vollen Freiheit der Wahlagitatorik. Niemand darf wegen seiner politischen Stellungnahme verhaftet oder verfolgt werden oder Nachteile in seinem Arbeitsverhältnis erfahren und - Wunder über Wunder - alle Beschränkungen im Personenverkehr zwischen den Zonen und mit Berlin sollen fallen.

Das ist ein leckerer Kuchen, in solcher Fülle noch niemals dargeboten; wer jedoch davon nascht, wird daran zugrundegehen.

Denn - um beim Bild zu bleiben: Der Kuchen enthält unverdauliche Steine und tödliche Giftpilze. Mit keinem Wort ist die internationale Kontrolle erwähnt - sie ist aber unabdingbar. Ebenso unabdingbar ist die westdeutsche Forderung, daß die aus freien Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung verfassungs- und gesetzgebend, sowie regierungsbildend und kontrollierend sein und die Eigenschaften eines souveränen Parlaments bekommen soll. Ein machtloses Nationalparlament würde den Kommunisten passen. Sie könnten in seinem Schatten ungestört ihre Terrorherrschaft aufrecht erhalten.

Und die Krönung des ganzen Betrugsmanövers: Pankow macht selbst die Annahme dieser Wahlgesetze von vorhergehenden gesamtdeutschen Beratungen abhängig. Womit sich der neueste Vorschlag Pankow als ein Lockmittel erledigt, dazu bestimmt, im propagandistisch auswertbaren Gespräch zu bleiben, aber den eigentlichen Kernfragen der deutschen Einheit und Freiheit auszuweichen.

+ + +

Walfang wieder ohne Deutschland

(sp) Gegenwärtig sind 19 Walfang Expeditionen unterwegs in die Antarktis. Sie bestehen aus 300 Kochereien und Fangschiffen mit einer Besatzung von mehr als 10000 Seeleuten. Zehn Expeditionen sind norwegisch, drei britisch, zwei japanisch, je eine ist südafrikanisch, holländisch und russisch. Für die kommende Saison wurde - ebenso wie früher - eine Höchst-Fanggrenze von 16000 Blauwal-Einheiten festgesetzt. Wie aus norwegischen Reederberichten hervorgeht, hat Argentinien das große neue Walfang-Mutterschiff "Juan Peron" soeben fertiggestellt, Japan will seine beiden Expeditionen durch neue größere Mutterschiffe leistungsfähiger machen. In Italien ist eine Walfang-Gesellschaft gegründet worden, die mit einer staatlichen Subvention von 50 Prozent ein Walfang-Mutterschiff mit 22.500 BRT bauen läßt. Aber Deutschland wird nach wie vor nicht erlaubt, seinen früheren Platz im Walfang wieder einzunehmen.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau